

Manfred Behrens, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Telefon: +49 30 227-77414
Fax: +49 30 227-76848
manfred.behrens@bundestag.de

Pressemitteilung

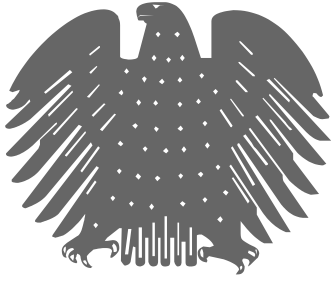
16.März 2016

Veröffentlichung des Entwurfs des Bundesverkehrswegeplans und Vorhabenplanung im Landkreis Börde

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat am heutigen 16. März den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans veröffentlicht. Der Bundesverkehrswegeplan umfasst alle Investitionen des Bundes in seine Verkehrswege, nicht nur den Neu- und Ausbau, sondern auch die Erhaltung und Erneuerung. Von 2016 – 2030 sollen rund 141 Mrd. Euro in den Erhalt von Straßen, Schienen und Wasserstraßen investiert werden. Für Aus- und Neubau sind Projekte im Wert von insgesamt 94 Mrd. Euro vorgesehen.

Der Ausbau der A 14 von Wolmirstedt bis Lüderitz befindet sich bereits in Bau. Die Anschlussstelle A 14 Dahlenwahrleben bis Wittenberge, sowie der Ausbau bis Haldensleben sind als neue Vorhaben unter „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft. Zudem sind die Ortsumgehungen Wanzleben und Oebisfelde in dieser Kategorie. Sie haben mit dieser ersten Bewertung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur schon eine sehr große Hürde genommen. Die Bewertung „Vordringlicher Bedarf“ heißt, dass das Projekt nach fachlicher Bewertung verkehrspolitisch sehr wichtig ist. Die Projekte mit dieser Bewertung sollen in der Laufzeit des Bundesverkehrswegeplans bis 2030 umgesetzt oder mindestens begonnen werden.

Die Ortsumgehung Eichenbarleben, die Ortsumgehung Altenweddingen sowie die Ortsumgehung Irxleben sind als neue Vorhaben unter „Weiterer Bedarf“ eingestuft. Diese Bewertung heißt, dass es sich aus fachlicher Sicht zumindest um ein verkehrspolitisch sinnvolles Projekt handelt und es daher in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden soll. Klar ist aber auch, dass die finanziellen Mittel begrenzt sind und nicht jeder Wunsch sofort erfüllt werden kann. Bis 2030 müssen zunächst vorrangigere Projekte umgesetzt werden. Auch in diesem Fall ist aber anzuraten, sich die neu eingeführten Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung näher anzuschauen. Dazu weiter unten mehr.



Manfred Behrens, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Telefon: +49 30 227-77414
Fax: +49 30 227-76848
manfred.behrens@bundestag.de

Pressemitteilung

16.März 2016

Wenn das noch notwendige Gesetzgebungsverfahren voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeschlossen ist, muss die konkrete Planung weiter zügig vorangetrieben werden. Nur dann kann auch schnell gebaut werden. Wenn die Länder ihre Verantwortung wahrnehmen und zügig die rechtlichen Voraussetzungen für den Bau schaffen, wird der Bund die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Die einzelnen Projekte wurden vorrangig nach ihrem Nutzen für den Verkehr und im Hinblick auf die anfallenden Kosten bewertet. Es fand aber z. B. auch Berücksichtigung, wie sich das jeweilige Projekt auf die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort und den Städtebau auswirkt. Außerdem wurden die Umweltauswirkungen geprüft. Die konkrete Bewertung jedes einzelnen Projektes kann im Internet auf der Seite des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur eingesehen und kommentiert werden.

Die breite Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine der wesentlichen Neuerungen bei diesem Bundesverkehrswegeplan. Ziel ist es, die Bürger möglichst frühzeitig mit einzubinden. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat im Internet alle Projekte und ihre konkrete Bewertung veröffentlicht. Alle Interessierten könnten hierzu innerhalb der nächsten sechs Wochen Stellung nehmen.

Nach Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung beschließt die Bundesregierung im Kabinett den Bundesverkehrswegeplan. Danach werden die sog. Ausbaugesetze und Bedarfspläne in den Deutschen Bundestag eingebracht und dort von den Politikern im Verkehrsausschuss im Detail beraten. Hierbei kann es noch zu Änderungen bei den einzelnen Projekten kommen, bevor die Ausbaugesetze im Deutschen Bundestag verbindlich beschlossen werden. Außerdem ist noch der Bundesrat zu beteiligen.